

PARLAMENT DER DG
Parlamentspräsident
Charles Servaty
Platz des Parlaments 1
4700 Eupen

Eupen, den 03.11.2023

RESOLUTIONSVORSCHLAG

RESOLUTIONSVORSCHLAG AN DIE FÖDERALE ABGEORDNETENKAMMER, DEN SENAT UND DIE FÖDERALE REGIERUNG, DAS EU-PARLAMENT, DIE EU-KOMMISSION, DEN EU-MINISTERRAT UND DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT ZUR VERBESSERUNG DER BANKDIENSTLEISTUNGEN UND ZUR VERANKERUNG DES RECHTS AUF ZAHLUNG MIT BARGELD IN DER VERFASSUNG

BEGRÜNDUNG

Teil I – Verbesserung der Bankdienstleistungen

Seit die neuen Geldautomaten des privaten Betreibers BATOPIN eingeführt bzw. die Geldautomaten in Bankfilialen abgeschaltet wurden, häufen sich in der Bevölkerung die Beschwerden bezüglich der angebotenen Bankdienstleistungen.

Die Klagen umfassen die langen Wartezeiten, die ständigen Probleme mit den Geräten, schlechte Sauberkeit, nicht ausreichende Verfügbarkeit von Geldscheinen, mangelnde Sicherheitsstandards und die fehlende Diskretion bei Geldtransaktionen an den öffentlichen

Fraktion im PDG V.o.G.

Cash-Punkten.^{1,2,3,4,5} Beschwerden dieser Art sind allerdings kein Alleinstellungsmerkmal der Deutschsprachigen Gemeinschaft.^{6,7,8,9,10,11,12,13,14,15,16,17,18}

Hinzu kommen juristische Bedenken und mögliche Datenschutzprobleme.

Auch die Regierung der DG äußerte kürzlich deutliche Unzufriedenheit und Enttäuschung über die bestehende Lage im Bereich der Bankdienstleistungen. Trotz Bemühungen und Gesprächen mit den beteiligten Parteien und der Verabschiedung einer Resolution im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft am 23. Mai 2022, die an die Föderalregierung gerichtet war und die Sicherung qualitativ hochwertiger und lokal verankerter Bankdienstleistungen zum Ziel hatte, zeigt sich bisher kein Fortschritt. Im Gegenteil, die aktuellen „Batopin“ Automaten sind ein wesentlicher Rückschritt gegenüber den Eigenautomaten der Banken.

Hier ist der Föderalstaat gefordert. Denn nur er kann sicherstellen, dass Banken ihre Dienstleistungen in einem für alle Bürger zugänglichen und diskreten Umfeld anbieten und alle rechtlichen Anforderungen erfüllt werden.

¹ <https://ostbelgiendirekt.be/paasch-treffen-mit-bankensektor-353562>.

² <https://brf.be/regional/1756300/>.

³ <https://www.grenzecho.net/95574/artikel/2023-09-12/pdg-pocht-auf-besseres-angebot-von-geldautomaten>.

⁴ <https://www.grenzecho.net/95977/artikel/2023-09-20/vorerst-kein-zusatzlicher-geldautomat-stvith?referer=%2Farchives%2F Recherche%3Fdatefilter%3Dlastyear%26sort%3Ddate%2520desc%26word%3DBatopin>.

⁵ <https://www.grenzecho.net/art/d-20230920-H1NGC9?referer=%2Farchives%2F Recherche%3Fdatefilter%3Dlastyear%26sort%3Ddate%2520desc%26word%3DBatopin>.

⁶ <https://www.lecho.be/entreprises/banques/batopin-doit-revoir-son-projet-de-distributeurs-automatiques-selon-test-achats/10431393.html>.

⁷ https://www.gva.be/cnt/dmf20221213_95352569.

⁸ https://www.standaard.be/cnt/dmf20221214_98078709.

⁹ <https://www.rtl.be/actu/belgique/economie/ou-sont-passes-nos-distributeurs-de-billets-cest-un-vrai-probleme/2023-01-22/article/518512>.

¹⁰ https://www.hbvl.be/cnt/dmf20230206_95345045.

¹¹ https://www.hbvl.be/cnt/dmf20230207_93949639.

¹² <https://www.matele.be/distributeurs-de-billets-batopin-les-utilisateurs-se-plaignent-de-saete-et-d-insecurite>.

¹³ <https://sintruinbegot.be/geld-van-truiense-ondernemer-verdwenen-na-probleem-met-cash-punt/>.

¹⁴ <https://www.rtbef.be/article/un-distributeur-automatique-dargent-dans-chaque-commune-la-solution-du-pauvre-11181096>.

¹⁵ <https://trends.levif.be/canal-z/belfius-bnp-paribas-fortis-ing-et-kbc-creent-un-nouveau-reseau-de-distributeurs-bancaires/>.

¹⁶ https://www.nieuwsblad.be/cnt/dmf20230809_94162256.

¹⁷ <https://www.sudinfo.be/id724396/article/2023-10-06/les-points-cash-batopin-tout-juste-installes-mons-potent-un-gros-probleme-sur>.

¹⁸ <https://www.sudinfo.be/id731949/article/2023-10-18/cest-le-seul-point-de-retrait-despeces-libramont-et-potent-la-frustration-des>.

Fraktion im PDG V.o.G.

Die Vivant Fraktion unterstützt zudem die jüngste Forderung der Verbraucherschutzzentrale VoG nach einem barrierefreien Zugang zu einer ausreichenden Anzahl von Geldautomaten.^{19,20}

Die Verbraucherschutzzentrale kritisiert ebenfalls die mangelnde Diskretion in den kleinen Innenräumen der Cash-Punkte, die es den Wartenden leicht macht, die Transaktionen der Nutzer am Geldautomaten einzusehen. Privatsphäre und Sicherheit können so nicht gewährleistet werden.

Die Forderung nach einem persönlichen Kundenservice, insbesondere für diejenigen, die Schwierigkeiten mit Geldautomaten haben, gewinnt vor dem Hintergrund der Einführung der Cash-Punkte wieder an Bedeutung. Kunden sind oft auf sich allein gestellt und haben Schwierigkeiten beim Abheben oder Einzahlen von Geld. Die Banken sollten in die Pflicht genommen werden, wieder selbst bestimmte Finanzdienstleistungen zu erbringen. Schlussendlich hat der Kunde einen Vertrag mit seiner Bank und nicht mit Drittanbietern wie Batopin. Ziel ist es, einen verbesserten Kundenservice anzubieten, um sicherzustellen, dass Finanzdienstleistungen unter Einhaltung hoher Sicherheits-, Diskretions-, und Datenschutzstandards für alle Bürger zugänglich sind.

Auch Drittanbieter, wie der Bankautomatendienstleister Batopin, sollten in die Pflicht genommen werden. Im Folgenden werden einige Argumente dafür angeführt:

Verbesserung der Kundenerfahrung

Direkte Bareinzahlungen und -auszahlungen über Bankenschalter können zu einer verbesserten Kundenerfahrung führen. Der persönliche Kontakt mit Bankangestellten ermöglicht es den Kunden, ihre Anliegen zu besprechen und maßgeschneiderte Lösungen zu erhalten. Dies stärkt das Vertrauen und die Bindung zwischen Kunden und Bank.

Erhöhte Sicherheit und Datenschutz

Direkte Transaktionen über Banken können die Sicherheit der Finanztransaktionen verbessern. Banken können ihre Sicherheitsprotokolle besser implementieren und überwachen, um die Integrität und Vertraulichkeit der Transaktionen zu gewährleisten.

Ein weiterer besorgniserregender Aspekt im Zusammenhang mit der vermehrten Nutzung von Drittanbietern, wie den Cash-Punkten, betrifft den Datenschutz. Die Verlagerung von Finanztransaktionen auf Drittanbieter könnte dazu führen, dass diese Unternehmen Einblick in die Kontostände und sensiblen Privatdaten der Kunden erhalten. Es stellt sich die Frage, wer sicherstellt, dass solche Informationen nicht unbefugt weitergegeben oder missbraucht werden.

Insbesondere die kleinen Innenräume der Cash-Punkte bergen potenzielle Risiken für die umfassende Erfassung von Transaktionen. Kunden fühlen sich oftmals in diesen engen

¹⁹ <https://brf.be/regional/1766739/#>.

²⁰ <https://vivant-ostbelgien.org/wp-content/uploads/2023/10/PM-2023-10-16-Geldautomaten.pdf>.

Fraktion im PDG V.o.G.

Räumen weniger sicher, da nicht auszuschließen ist, dass andere wartende Personen aufgrund der großen Schrift auf den Bildschirmen der Geldautomaten, der enge des Raumes und der mangelhaften Abschirmung des Nutzers, leicht Einblick in die Eingaben (z. Bsp. PIN-Code) und angezeigten Informationen (z. Bsp. Kontostände), haben.

Der Föderalstaat könnte eine Schlüsselrolle dabei spielen, den Datenschutz zu gewährleisten und sicherzustellen, dass Finanztransaktionen in einem Umfeld erfolgen, das die Vertraulichkeit und Integrität der Kundendaten wahrt. Durch die Direktanbindung von Banken an Finanzdienstleistungen könnte eine strengere Kontrolle über Datenschutzrichtlinien und -praktiken sichergestellt werden, um das Vertrauen der Verbraucher in den Umgang mit ihren persönlichen Finanzinformationen zu stärken.

Der Verbraucher selbst, hat einen Vertrag mit seiner Bank und nicht mit Drittanbietern wie Batopin. Die Banken sind also direkt in der Pflicht.

Grundlegende Bankdienstleistungen

Gemäß der Richtlinie 2014/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 zählen Geldtransaktionen, insbesondere Geldeinzahlungen und -abhebungen, zu den grundlegenden Bankdienstleistungen, auf die jeder Verbraucher mit rechtmäßigem Wohnsitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union Anspruch hat.²¹

Diese Richtlinie legt einen klaren rechtlichen Rahmen für den Zugang zu grundlegenden Bankdienstleistungen fest, zu denen eben auch Geldeinzahlungen und -abhebungen gehören. Die staatliche Verpflichtung, diese Dienstleistungen direkt anzubieten, ermöglicht es Regulierungsbehörden, sicherzustellen, dass Banken die Anforderungen der Richtlinie erfüllen.

Kundenkontakt - das Digitale fördern, aber das Analoge bewahren

Die Förderung des persönlichen Kundenkontakts der Banken kann dazu beitragen, die Qualität der Finanzdienstleistungen zu verbessern. Indem die Regierung Banken ermutigt, ihre Dienste und Technologien an den Bedürfnissen der Verbraucher auszurichten, hilft sie, Bank und Kunden wieder zueinander zu bringen. Eine staatliche Verpflichtung, bestimmte Finanzdienstleistungen direkt anzubieten, schafft eine Win-Win-Situation. Diese Maßnahme verbessert nicht nur die Effizienz und Sicherheit von Transaktionen, sondern stärkt auch die Beziehung zwischen Banken und Kunden. Durch diesen Fokus auf die zwischenmenschliche Dimension kann die finanzielle Inklusion auf eine Weise gefördert werden, die die Bedürfnisse und das Wohlbefinden der Menschen in den Mittelpunkt stellt.

²¹ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/de/TXT/?uri=CELEX%3A32014L0092>.

Teil II – Verankerung des Rechts auf Zahlung mit Bargeld in der belgischen Verfassung

„Geld ist geprägte Freiheit“ stellte bereits der russische Schriftsteller Fjodor Dostojewski vor über 150 Jahren fest,²² womit er das Bargeld meinte. In vielen Ländern wird in der heutigen Zeit die Abschaffung des Bargelds schrittweise vorangetrieben. Damit einhergehend wird für jeden Menschen ein Stück Freiheit abgeschafft.

Es ist sonderbar, dass die Verwendung des Bargelds sowohl von Seiten der Industrie und als auch von Seiten der Politik immer weiter eingeschränkt wird, aber kein öffentlicher Diskurs dazu stattfindet. Dabei kann die Bedeutung von Bargeld nicht überschätzt werden. Es ist wichtig, dass die Diskussion über die Bewahrung von Bargeld breit geführt wird und alle relevanten Fakten berücksichtigt werden. In einigen Ländern, wie der Schweiz und Österreich, wird diese Frage zumindest diskutiert,^{23,24} und in der Slowakei wurde das Recht, Waren und Dienstleistungen mit Bargeld zu bezahlen, bereits in der Verfassung verankert.²⁵

Die Verankerung des Rechts auf Bargeld in der belgischen Verfassung wäre ein bedeutender Schritt, der auf verschiedenen Ebenen gerechtfertigt werden kann. Im Folgenden werden einige Gründe genannt, die für diese Entscheidung sprechen:

Finanzielle Freiheit und Privatsphäre

Die Verwendung von Bargeld ermöglicht den Bürgern eine größere Kontrolle über ihre finanziellen Transaktionen. Sie schützt die Privatsphäre der Bürger, da Bargeldtransaktionen nicht so leicht rückverfolgt werden können wie digitale Zahlungen. Das Recht auf Bargeld stellt sicher, dass die Bürger die Möglichkeit haben, ihre finanziellen Angelegenheiten ohne ständige Überwachung durch staatliche oder private Institutionen zu regeln.

Inklusion und Zugänglichkeit

Bargeld ist für viele Menschen die einzige Möglichkeit, am Wirtschaftsleben teilzunehmen. Die Verankerung dieses Rechts in der Verfassung stellt sicher, dass alle Bürger, unabhängig von ihrem sozialen oder wirtschaftlichen Status, Zugang zu grundlegenden finanziellen Dienstleistungen haben. Dies fördert die finanzielle Inklusion und reduziert die digitale Kluft zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen.

Krisenresilienz und humanitäre Hilfe

²² Fjodor Dostojewski, *Bargeld ist geprägte Freiheit*, <https://www.finanzen.net/nachricht/devisen/vermoegens-verwalter-kolumne-bargeld-ist-gepraegte-freiheit-6318551>.

²³ <https://www.handelsblatt.com/politik/international/oesterreichs-kanzler-plant-vorstoss-recht-auf-bargeld-in-der-verfassung-/29300114.html>.

²⁴ <https://www.blick.ch/politik/gegenvorschlag-zur-initiative-bundesrat-will-die-bargeldversorgung-in-der-verfassung-verankern-id18891895.html>.

²⁵ <https://www.euractiv.de/section/europa-kompakt/news/slowakei-verankert-recht-auf-bargeldbezahlung-in-der-verfassung/>.

Fraktion im PDG V.o.G.

Bargeld spielt in Krisensituationen, wie z.B. Naturkatastrophen oder Stromausfällen, eine entscheidende Rolle. Es ermöglicht den Menschen, ihre Grundbedürfnisse wie Nahrung und Unterkunft zu befriedigen, insbesondere wenn digitale Zahlungssysteme nicht verfügbar sind. In akuten Notfällen und humanitären Krisen erweist sich Bargeld als äußerst wirksames Instrument, um direkte Hilfe zu leisten. Bargeldtransfers ermöglichen es, finanzielle Mittel rasch an diejenigen zu verteilen, die sie am dringendsten benötigen, ohne auf komplexe digitale Infrastrukturen angewiesen zu sein. Die Verankerung des Rechts auf Bargeld stärkt die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft in Zeiten von Notlagen.

Verhinderung von Missbrauch und elektronischer Überwachung

Digitale Zahlungssysteme können anfällig für Missbrauch und elektronische Überwachung sein. Die Verwendung von Bargeld schützt die Bürger vor einem möglichen Missbrauch ihrer Finanzdaten.²⁶ Die Verfassung sollte die Grundlage bieten, um die persönlichen Freiheiten der Bürger vor unverhältnismäßiger Überwachung zu schützen.

Unabhängigkeit von Finanzinstitutionen

Bargeld gibt den Bürgern eine gewisse Unabhängigkeit von Banken und anderen Finanzinstitutionen. Es ermöglicht den Menschen, ihre finanziellen Angelegenheiten direkt und ohne das Eingreifen Dritter zu regeln.²⁷

Kulturelle Bedeutung und Erhaltung der Vielfalt

Bargeld hat nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine kulturelle Bedeutung. Es ist Teil der Lebensgewohnheiten vieler Menschen und repräsentiert in gewisser Weise auch kulturelle Werte. Bargeld hat tiefe kulturelle Wurzeln und ist Teil der Identität vieler Gemeinschaften. Die Verwendung von Münzen und Scheinen trägt zur kulturellen Vielfalt bei und ermöglicht es Menschen, ihre kulturellen Werte und Traditionen in der Art und Weise, wie sie mit Geld umgehen, zu bewahren. Das Recht auf Bargeld in der Verfassung respektiert und schützt diese kulturelle Dimension der Finanzgewohnheiten.

Schutz vor technischem Versagen

In einer Welt, in der viele Transaktionen digital abgewickelt werden, besteht das Risiko von technischen Störungen, Komplettausfällen oder Cyber-Angriffen. Bargeld bietet einen Schutzmechanismus gegen den Verlust von Vermögenswerten aufgrund solcher technischer Störungen. Im Falle von Stromausfällen oder technischen Problemen können Menschen weiterhin auf Bargeld zurückgreifen, um ihre Grundbedürfnisse zu decken.

Bekämpfung der finanziellen Diskriminierung

Eine bargeldlose Gesellschaft könnte zu finanzieller Diskriminierung führen, da nicht alle Menschen Zugang zu digitalen Zahlungsmitteln haben. Ältere Menschen, Menschen mit

²⁶ DB Research, *Bargeld sorgt für besseren Datenschutz – und stärkt so den Einzelnen*, https://www.dbresearch.com/servlet/reweb2.ReWEB?rwnode=BANKEN&rwsite=RPS_EN-PROD&rwobj=ReDisplay.Start.class&document=PROD0000000000496404.

²⁷ DBResearch, (wie Anm. 26).

Fraktion im PDG V.o.G.

niedrigem Einkommen oder Menschen in ländlichen Gebieten könnten von einem ausschließlich digitalen Zahlungssystem ausgeschlossen werden. Bargeld sichert die Teilhabe aller Bürger am Wirtschaftssystem und auch am sozialen Leben.

Stärkung der finanziellen Eigenverantwortung

Bargeld erleichtert eine bewusste Budgetkontrolle, da die Menschen physisch spüren können, wie viel Geld sie ausgeben. Dies trägt zur Stärkung der finanziellen Eigenverantwortung bei und verhindert Spontanausgaben, die bei digitalen Transaktionen möglicherweise weniger spürbar sind.²⁸

Bargeldobergrenze

Seit geraumer Zeit lässt sich beobachten, dass der Barzahlungsverkehr durch einen schleichenden Prozess eingeschränkt wird. Im Jahr 1998 wurde in Belgien die erste Obergrenze von 24.999,99 ECU²⁹ eingeführt. Es folgte die Restriktion auf 14.999,99 Euro im Jahr 2004. Im Jahr 2012 wurde sie abermals reduziert, diesmal auf 5.000 Euro. Seit Januar 2014 ist die noch heute gültige gesetzliche Grenze von 3.000 Euro in Kraft.³⁰ Höhere Beträge müssen mit Karte oder per Überweisung bezahlt werden. Diese Zahlungsbuchung ist über viele Jahre hinweg dokumentiert und rückverfolgbar. Diese Regelung entspricht also bereits heute einem gewissen Bargeldverbot und ist ein weiterer kleiner Schritt im schleichenden Übergang zu einer kompletten Bargeldabschaffung.

Aktuell gibt es europaweit in einigen Ländern keine Höchstgrenze bei Bargeldzahlungen für Privatpersonen, z.B. in England, Island und Österreich. In anderen Ländern gibt es keine gesetzlich vorgeschriebene Höchstgrenze, jedoch Ausnahmen in der Praxis, wie z.B. in Deutschland, den Niederlanden, Irland, Schweden, Finnland, Estland und Ungarn.³¹

Bislang existiert keine einheitliche Obergrenze für Bargeldtransaktionen in der gesamten EU. Allerdings ist eine solche Obergrenze in Planung. Im Bemühen um die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung hat die EU-Kommission den Vorschlag einer einheitlichen Obergrenze von 10.000 Euro gemacht. Gemäß den Bestrebungen des EU-Parlaments soll diese jedoch auf 7.000 Euro herabgesetzt werden.

Die Verankerung des Rechts auf uneingeschränkte Barzahlungen in der belgischen Verfassung berücksichtigt somit eine breite Palette von Faktoren, einschließlich finanzieller Sicherheit, kultureller Vielfalt, sozialer Inklusion und individueller Freiheiten. Diese Maßnahme gewährleistet nicht nur den Schutz vor finanziellen Risiken, sondern respektiert auch persönliche, kulturelle und soziale Rechte der Bürger.

²⁸ FAZ, *Wer mit Karte zahlt, kauft mehr*, <https://www.faz.net/aktuell/finanzen/meine-finanzen/wer-mitkreditkarte-zahlt-verliert-schnell-den-ueberblick-15046259.html>.

²⁹ FGOV, *Article 13*, http://www.ejustice.just.fgov.be/cgi_loi/loi_a1.pl?imgcn.x=58&imgcn.y=16&DE-TAIL=1998081005%2FF&caller=list&row_id=1&numero=22&rech=26&cn=1998081005&table_name=LOI&nm=1998003502&l.

³⁰ <https://www.evz.de/finanzen-versicherungen/bargeld-obergrenze-in-der-eu.html>.

³¹ EVZ (wie Anm. 30)

Fraktion im PDG V.o.G.

Die Verankerung des Rechts auf Bargeld in der belgischen Verfassung stärkt die persönlichen Freiheiten und die wirtschaftliche Resilienz der Bürger. Sie gewährleistet eine ausgewogene und inklusive Finanzpolitik, die die Vielfalt der Bedürfnisse und Präferenzen der Bevölkerung respektiert.

Die Verankerung des Rechts auf Bargeld in der belgischen Verfassung ist von entscheidender Bedeutung, da Bargeld eine Vielzahl von Vorteilen bietet, die den Schutz der Privatsphäre und die Sicherung des Bürgervermögens umfassen.

Bargeld gewährleistet Privatsphäre im Zahlungsverkehr, indem es Anonymität bietet. Im Gegensatz dazu können elektronische Transaktionen leicht rückverfolgt werden, was zu einem gläsernen Bürger führen kann, dessen Daten hoch gehandelt werden.³² Das Fehlen von Spuren bei Bargeldtransaktionen schützt die Freiheiten der Bürger, insbesondere in demokratischen Rechtsstaaten, in denen trotz Datenschutzgesetzen Daten gespeichert und gesammelt werden.³³

Des Weiteren dient Bargeld als Schutz vor finanzieller Entwertung durch Negativzinsen, da sein Wert nicht unter 100 % gesetzt werden kann. Die Schnelligkeit von Bargeldtransaktionen ermöglicht zudem eine effizientere Abwicklung im Vergleich zu kartengestützten Transaktionen, besonders in zeitkritischen Situationen.³⁴ Darüber hinaus bietet Bargeld einen besseren Überblick über das Budget und schützt vor Überschuldung, da es eine bewusstere Ausgabekontrolle ermöglicht.

Die Verankerung des Rechts auf uneingeschränkte Barzahlungen in der belgischen Verfassung ist entscheidend, um den schleichenden Prozess der Einschränkung mittels Bargeld zu stoppen. Die gegenwärtige gesetzliche Obergrenze von 3.000 Euro sollte widerrufen werden, da Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass die Abschaffung höherwertiger Banknoten nicht zwangsläufig zu einer Verringerung der Kriminalität führt, die Möglichkeiten der Bürger jedoch stark einschränkt.

Die Argumente, Bargeld könne die Verbreitung von Krankheiten fördern, wurden durch Studien entkräftet.^{35,36} Die Resistenz von Bargeld gegenüber digitalen Zahlungssystemen macht es in Krisensituationen unersetzlich, da es auch bei Stromausfällen oder Hackerangriffen funktioniert. Es gibt keine überzeugenden Belege dafür, dass ein Bargeldverbot Schwarzarbeit, Steuerhinterziehung oder Geldwäsche effektiv eindämmen würde.³⁷

³² DBResearch, (wie Anm. 26).

³³ DBResearch, (wie Anm. 26).

³⁴ Deutsche Bundesbank, *Kosten der Bargeldzahlung im Einzelhandel*, <https://www.bundesbank.de/de/publikationen/berichte/studien/kosten-der-bargeldzahlung-im-einzelhandel-776464>.

³⁵ Bundesbank, *Kein besonderes Infektionsrisiko durch Bargeld*, <https://www.bundesbank.de/de/aufgaben/themen/von-bargeld-geht-kein-besonderes-infektionsrisiko-fuer-buerger-aus--828542>.

³⁶ EZB, *Banknoten und Münzen*, S.11, https://www.ecb.europa.eu/euro/shared/files/185803_PRESSKIT_10_B-DAY_EURO_DE-LU_SPECIMEN.pdf?0073a3266ace8d8f7e76049b547d1d06.

³⁷ DBResearch, (wie Anm. 26).

Die Verankerung des Rechts auf uneingeschränkte Barzahlungen in der belgischen Verfassung ist vor allem angesichts der Einführung eines digitalen Euro durch die Europäische Zentralbank (EZB) von großer Bedeutung.³⁸ Obwohl die EZB betont, dass ein digitaler Euro Bargeld nicht ersetzen, sondern nur ergänzen würde, sind potenzielle Gefahren zu berücksichtigen.

Digitales Zentralbankgeld könnte Ausfallsicherheit bieten, aber ohne Bargeld wären finanzielle Vermögenswerte in Bankbilanzen gefangen und anfällig für finanzielle Repression durch Negativzinsen. Die Nutzung von digitalem Zentralbankgeld könnte die finanzielle Privatsphäre gefährden, Anonymitätsbeteuerungen sind zweifelhaft, und politisches Wohlergehen könnte mit dem Zugang zu digitalem Zentralbankgeld verknüpft werden. Die Einführung eines digitalen Euro könnte die marktwirtschaftlichen Elemente des bestehenden Kredit- und Geldsystems zerstören, mehr Macht für Regierungen und Staaten bedeuten und den Boden für Überwachung und Enteignung der Bürger bereiten. In Anbetracht der Tatsache, dass keiner weiß, welche Regierung zukünftig an die Macht gelangt, ist die Verfassung dazu da, Grundrechte nicht nur in Krisenzeiten, sondern auch langfristig abzusichern. In Zeiten extremen Krisenpotenzials ist Bargeld einem digitalen Euro überlegen.

Ein weiterer entscheidender Aspekt ist der pädagogische Wert von Bargeld. Kinder lernen den Umgang mit Geld, den Wert von Arbeit und den Austauschgedanken durch den konkreten Umgang mit Münzen und Scheinen. Diese soziale Dimension des Bargelds ist nicht durch Plastikkarten oder digitale Formen replizierbar und bietet einen außergewöhnlichen Nutzen für die Gesellschaft.³⁹

Die Einführung eines ausschließlich auf Giralgeld basierten Geldsystems birgt erhebliche Risiken für die Bürger, darunter die Gefahr staatlicher Enteignung, negative Auswirkungen auf das Sparen, verheerendere Krisenfolgen, Vereinfachung von Diktaturen, totale Überwachung ohne Schutz der Privatsphäre und wachsendes Misstrauen zwischen den Menschen. Daher ist es entscheidend, einen flächendeckenden Zugang zu Bargeld aufrechtzuerhalten.

Zusammenfassend ist die Verankerung des Rechts auf Bargeld in der belgischen Verfassung ein Schutzmechanismus für die Privatsphäre und das Vermögen der Bürger. Sie fördert finanzielle Transparenz und bewusste Budgetkontrolle, wodurch eine ausgewogene und inklusive Finanzpolitik gewährleistet wird, die die Bedürfnisse und Freiheiten der Bürger respektiert. Gleichzeitig ist die Verankerung des Rechts auf uneingeschränkte Barzahlungen von entscheidender Bedeutung, um die finanzielle Freiheit, den Schutz vor Kriminalität und die Krisenresilienz der Bürger zu gewährleisten. Diese Maßnahme trägt

³⁸ https://www.ecb.europa.eu/paym/digital_euro/faqs/html/ecb.faq_digital_euro.de.html#:~:text=Im%20Juni%202023%20unterbreitete%20die,zur%20Einf%C3%BChrung%20des%20digitalen%20Euro.

³⁹ Biallo, *So klappt es mit der Finanzbildung*, <https://www.biallo.de/geldanlage/news/so-klappt-es-mit-der-finanzbildung/>.

Fraktion im PDG V.o.G.

dazu bei, eine ausgewogene und inklusive Finanzpolitik zu fördern, die die Bedürfnisse und Rechte der Bevölkerung respektiert.

Vielen Dank

M. BALTER



A. MERTES



D. STIEL



RESOLUTIONSVORSCHLAG

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

in Anbetracht der Tatsache, dass

- ein problemloser Zugang zu ausreichend Bankautomaten angesichts zunehmender Klagen über mangelhafte Zugänglichkeit und Diskretion an Bedeutung gewinnt;
- insbesondere ältere Menschen und Rollstuhlfahrer von den Schwierigkeiten beim Zugang zu den neu eingerichteten Bankautomaten, den sogenannten Cash-Punkten, betroffen sind;
- es Bedenken bezüglich der Sicherheitsstandards und der mangelnden Diskretion bei Geldtransaktionen in den Cash-Punkten gibt;
- die mangelnde Diskretion in den kleinen Innenräumen der Cash-Punkte es den Wartenden leicht macht, die Transaktionen der Nutzer am Geldautomaten einzusehen und somit die Sorge um Privatsphäre und Sicherheit deutlich wird;
- Kunden, insbesondere jene mit Schwierigkeiten bei der Bedienung von Geldautomaten, oft auf sich allein gestellt sind und Schwierigkeiten beim Abheben oder Einzahlen von Geld haben;
- die Verlagerung von Finanztransaktionen auf Drittanbieter wie Cash-Punkte Datenschutzrisiken birgt, da diese Unternehmen Einblick in Kontostände und sensiblen Privatdaten der Kunden erhalten könnten;
- Geldeinzahlungen und -abhebungen gemäß der Richtlinie 2014/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 zu den grundlegenden Bankdienstleistungen gehören, auf die jeder Verbraucher mit rechtmäßigem Wohnsitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union Anspruch hat;
- Bargeld ein bedeutender Aspekt der persönlichen Freiheit ist und dies durch seine Erhaltung und Wertschätzung unterstrichen würde;
- Bargeld ein wichtiger Faktor im Kontext der Datensicherheit ist und einen Schutz vor illegalem Gebrauch persönlicher Daten darstellt;
- sich durch Bargeld in der Gesellschaft ein besseres Verständnis zu Austausch und fairem Handel entwickelt;
- die Verankerung des Rechts auf Bargeld die sozialen und kulturellen Werte einer Gemeinschaft unterstreicht;
- Bargeld das soziale Gefüge stützt und die finanzielle Entwicklung des Bürgers fördert;
- Bargeld im Gegensatz zum Giralgeld einem weitaus kleineren Insolvenzrisiko unterliegt;
- Bargeld das Vermögen der Bürger sichert und die Sparer gegenüber den Geldinstituten autonom macht;
- Bargeld auch in Krisenzeiten dem Bürger Chancen zum Austausch gibt;
- Bargeld Schutz vor staatlicher Willkür und Enteignung darstellt;
- Bargeld Kinder den Umgang mit Geld leichter erlernen lässt;

Fraktion im PDG V.o.G.

- Bargeld vor Überschuldung schützen kann, da es eine bessere Übersicht über das Budget bietet und die Menschen wachsam bleiben;
- Bargeld ein wichtiges regulierendes Medium darstellt;
- Bargeld eine dezentrale Form des Zahlungsverkehrs ist, ermöglicht es einen direkten Austausch zwischen Bürgern, ohne auf komplexe Infrastrukturen angewiesen zu sein;
- Bargeld im Gegensatz zu digitalen Zahlungsmitteln auch bei technischen Störungen, Stromausfällen oder Hackerangriffen weiterhin nutzbar ist und die Zuverlässigkeit des Zahlungsverkehrs in Krisensituationen gewährleistet;
- Bargeld eine universelle Akzeptanz hat und von Menschen unterschiedlicher Altersgruppen und sozialer Schichten genutzt wird und somit die soziale Integration und Inklusion in der Gesellschaft fördert;
- Bargeld eine fassbare und greifbare Form darstellt und ein Gefühl von Sicherheit und Gewissheit über den eigenen Vermögensstatus schafft;
- Bargeld als physisches Gut nicht von Cyberangriffen oder digitalen Betrugsversuchen betroffen ist und somit eine zusätzliche Sicherheit für finanzielle Transaktionen bietet;
- Bargeld auch in entlegenen oder ländlichen Gebieten ohne Zugang zu digitalen Zahlungsmitteln genutzt werden kann und somit eine gleichberechtigte Teilnahme am Wirtschaftsleben gewährleistet;
- Bargeld im Vergleich zu digitalen Zahlungsmitteln keine zusätzlichen Gebühren oder Abhängigkeiten von technologischen Plattformen mit sich bringt und somit eine kosteneffiziente Option für finanzielle Transaktionen darstellt;

Fraktion im PDG V.o.G.

fordert die föderale Abgeordnetenkommer, den Senat und die föderale Regierung auf,

1. Klare Richtlinien und Bestimmungen zu formulieren, die sicherstellen, dass der traditionelle Vorgang, bei dem Kunden einfach zur Bank gehen können, um Geld einzuzahlen oder abzuheben, wieder uneingeschränkt gewährleistet ist.
2. den Datenschutz bei Transaktionen in der Bankfiliale oder bei Drittanbietern zu überwachen, bzw. die Banken zu verpflichten, den Datenschutz vollumfänglich zu gewährleisten;
3. dafür Sorge zu tragen, dass jeder Bürger in Belgien im Umkreis von max. 5km Zugang zu einem Geldautomaten hat, um Ein- und Auszahlungen zu tätigen.
4. die aktuelle gesetzliche Obergrenze für die Zahlung mit Bargeld unabhängig von einer Verfassungsreform zu widerrufen und kein neues Limit einzusetzen;
5. das Recht auf die Zahlung mit Bargeld in der Verfassung zu verankern, die nötige Verfassungsrevision vorzusehen und den entsprechenden Artikel freizugeben, so dass dieser in der nächsten Legislaturperiode angepasst und eingesetzt werden kann;

fordert das EU-Parlament, die EU-Kommission und den EU-Ministerrat auf,

1. den Mitgliedstaaten der EU keine europäischen Reglementierungen in Bezug auf die Verwendung von Bargeld vorzuschreiben;

beauftragt die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

1. diese Forderungen zu vertreten und sich bei der föderalen Ebene für das Recht auf Zahlung mit Bargeld ohne gesetzliche Obergrenze, sowie für die Verpflichtung der Banken, ihren Kunden die direkte Möglichkeit zur Annahme oder Auszahlung von Bargeld anzubieten, einzusetzen;

M. BALTER



A. MERTES



D. STIEL

